Die US-amerikanische Realpolitik basiert ausschließlich auf den nationalen Interessen der nuklearen Großmacht USA. Das ist durchaus legitim, muss aber von eventuellen Verbündeten immer und vor allem auch zeitgerecht zur Kenntnis genommen werden. Doch von dieser Einsicht scheinen die europäischen und insbesondere die bundesdeutschen Entscheidungsträger, gerade im Fall des Ukraine-Krieges, noch weit entfernt. Es droht ein böses Erwachen. **Von Jürgen Hübschen**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/220715-US-amerikanische-Realpolitik-im-Ukraine-Krieg-NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Afghanistan ist das jüngste Beispiel dafür, dass die USA ihre Entscheidungen ausschließlich aus der nationalen Sicht Washingtons treffen. Die amerikanische Afghanistan-Operation „Enduring Freedom“ zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus begann am 07. Oktober 2001. Die NATO schloss sich diesem Kampf am 20.12.2001 mit der Operation „International Security Assistance Force“ (ISAF) an. Am 28. Dezember 2014 entschieden sich die USA ohne erkennbaren konkreten Grund und vor allem auch ohne Abstimmung mit ihren Verbündeten dazu, den Kampfeinsatz zu beenden. Die NATO schloss sich dieser Entscheidung notgedrungen am 31. Dezember 2014 an und beendete ihre Operation „ISAF“.

Am 1. Januar 2015 starteten die USA mit der Operation “Freedom´s Sentinel”, ihrer Unterstützungsoperation in Afghanistan. Die NATO folgte auch diesem, erneut nicht abgestimmten Vorgehen Washingtons mit ihrer Operation „Resolute Support“. 2021 war die US-Regierung nach nicht zielführenden Gesprächen mit den afghanischen Taliban offensichtlich zu der Erkenntnis gelangt, ihren verlustreichen und letztlich auch erfolglosen Militäreinsatz in Afghanistan zu beenden. Erneut ohne jegliche Rücksprache mit ihren Alliierten beendeten die USA ihre Afghanistan-Operation „Freedom´s Sentinel“ und zogen zum 31. August 2021 die letzten amerikanischen Soldaten aus dem Land am Hindukusch ab. Da ihre Verbündeten ohne die USA nicht in der Lage waren, ihren Einsatz fortzusetzen, beendete die NATO ihre Unterstützungsoperation „Resolute Support“ offiziell am 21. September 2021. Die derzeitige katastrophale Lage in Afghanistan unter einer Regierung der Taliban ist eine Konsequenz der amerikanischen Realpolitik.

Der nachfolgende Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, ob im Zusammenhang mit dem westlichen Engagement im Ukraine-Krieg ein vergleichbares Vorgehen der US-Regierung – vielleicht mit einem ähnlich desaströsen Ergebnis – ausgeschlossen werden kann.

Die US-amerikanische Realpolitik im Ukraine-Krieg

Um diese Frage beantworten zu können, muss man sich das Verhalten und wesentliche grundsätzliche Aussagen des US-Präsidenten und seiner Administration in Erinnerung rufen.

Am 26. März 2022 beendete Präsident Biden in Warschau seine Rede über den von Präsident Putin begonnenen Krieg in der Ukraine mit den Worten:

> *"Um Himmels Willen, dieser Mann kann nicht an der Macht bleiben."*

Nachdem dieser Satz auch zu erheblichen Irritationen in seiner eigenen Administration geführt hatte, versicherte der US-Präsident zwei Tage später:

> „Ich habe die moralische Empörung zum Ausdruck gebracht, die ich empfinde, und ich entschuldige mich nicht dafür. Niemand glaubt, dass ich davon gesprochen habe, Putin zu Fall zu bringen. Niemand glaubt das."

Am 31. Mai 2022 erklärte der US-Präsident, dass er die Ausfuhr des Raketensystems „HIMAR" an die Ukraine genehmigt habe, nachdem die ukrainische Führung zugesichert habe, mit diesen Raketen keine Ziele auf russischem Territorium anzugreifen. Den Export dieses modernen Waffensystems begründete der US-Präsident mit den Worten:

> *„Die Lieferung der fortschrittlichen Waffen wird es der Ukraine ermöglichen, auf dem Schlachtfeld zu kämpfen und am Verhandlungstisch in der bestmöglichen Position zu sein."*

Einen Tag später, am 1. Juni 2022, schrieb Biden in einem „Opinion Essay" in der New York Times:

> „Ich habe die Ukraine weder ermutigt noch dazu befähigt, über ihre Grenzen hinaus zuzuschlagen, und ich möchte den Krieg nicht verlängern, nur um Russland Schmerzen zuzufügen."

Eine derartig widersprüchliche Position gegenüber Russland findet sich auch im Verhalten und den Aussagen der militärischen Führung der USA.

Nach einem unangekündigten Besuch in Kiew sagte US-Verteidigungsminister Lloyd J. Austin:

> "Wir wollen, dass Russland in dem Maße geschwächt wird, dass es nicht mehr in der Lage ist, die Dinge tun kann, die es bei der Invasion der Ukraine getan hat."

Vor diesem Hintergrund war es überraschend, dass der US-Verteidigungsminister – zum ersten Mal seit dem 18. Februar 2022 – am 13. Mai 2022 seinen russischen Amtskollegen Sergej Schojgu anrief, um diesen laut US-amerikanischen Angaben zu einem sofortigen Waffenstillstand zu drängen. Außerdem habe Austin auf die Bedeutung der Aufrechterhaltung der Kommunikationswege hingewiesen. Das russische Verteidigungsministerium erklärte, es seien Fragen der internationalen Sicherheit besprochen worden. Dabei sei es auch um die Lage in der Ukraine gegangen. Weitere Einzelheiten wurden nicht bekannt.

Der russische Machtapparat hatte zuvor beklagt, dass es keine Kontakte zwischen Moskau und Washington mehr gebe.

Knapp eine Woche später, am 19. Mai 2022, telefonierte der amerikanische Generalstabschef, General Mark Milley, erstmalig seit Kriegsbeginn mit dem russischen Generalstabschef, General Valery Gerassimow. Auch in diesem Fall ging die Initiative von den USA aus. Ein Sprecher des US-Generalstabs sagte zum Inhalt des Telefonats: Es sei um *„wichtige sicherheitsbezogene Themen"* gegangen. Der Sprecher des Pentagon, John Kirby, ergänzte: *„Wir glauben, dass es wichtig ist, dass die Kommunikationslinien offen sind."*

Der US-Präsident und seine Administration behalten sich aber nicht nur vor, sich hinsichtlich des Engagements im Ukraine-Krieg und ihrer Haltung gegenüber Russland an den Realitäten und damit an den nationalen Interessen zu orientieren, sondern passen ihre Politik auf Grund des Ukraine-Krieges auch auf internationaler Ebene an. Dazu zwei Beispiele:

Venezuela

Im Jahr 2019 hatten die USA ihre diplomatischen Beziehungen zu Venezuela abgebrochen und ihre westlichen Verbündeten aufgefordert, ihrem Beispiel zu folgen und statt des gewählten Präsidenten Maduro den Oppositionsführer Guaidó als Nachfolger anzuerkennen. U.a. Deutschland folgte dieser Aufforderung. Im Zusammenhang mit den wegen des Angriffskrieges verhängten Sanktionen gegen Moskau stellten die USA ihre Ölimporte aus Russland ein und forderten ihre Verbündeten auf, ihrem Beispiel zu folgen. Da sich auch in den USA die Energiepreise, vor allen Dingen an den Tankstellen, wegen des Ukraine-Krieges ständig weiter erhöhten, entschloss sich Washington zu einer Kehrtwende in seiner Venezuela-Politik. Am 6. März flog eine US-Delegation nach Venezuela, um mit Präsident Maduro vermutlich auch über die Wiederaufnahme der 2019 gestoppten Öllieferungen in die USA zu verhandeln. Offensichtlich sieht die US-Regierung dies als eine Option, den Verzicht auf russisches Öl auszugleichen. Während der zweitägigen Gespräche wehten die Fahnen der USA und Venezuelas vor dem Verhandlungsgebäude und als Zeichen des guten Willens wurden zwei US-Amerikaner aus dem Gefängnis entlassen. Maduro bezeichnete das Treffen als fruchtbar.

Saudi-Arabien

Die USA waren nach der Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Kashoggi am 2. Oktober 2018 im saudischen Konsulat in Istanbul auf Distanz zum Königreich am Golf gegangen, vor allem auch deshalb, weil die CIA ermittelt hatte, dass die Ermordung Kashoggis mit Wissen oder möglicherweise sogar auf Anweisung von Kronprinz Mohammed Bin Salman (MBS) erfolgt war. Der damalige demokratische Präsidentschaftskandidat und heutige US-Präsident Joe Biden hatte seinerzeit gesagt, er würde die Saudis den Preis zahlen lassen und sie „zu dem Paria machen, der sie sind“.

Auch der saudische Krieg im Jemen, der trotz eines gerade verlängerten Waffenstillstands grundsätzlich noch andauert, hat zu einer Distanzierung der US-Regierung vom saudischen Königreich geführt. Obwohl die Verantwortlichen für die Liquidierung Kashoggis noch immer nicht zur Rechenschaft gezogen wurden und Saudi-Arabien den Krieg im Jemen trotz der Forderung Washingtons noch immer nicht beendet hat, plante die US-Regierung für Ende Juni dieses Jahres eine Reise des US-Präsidenten nach Riad. Dabei spielt es offensichtlich auch keine Rolle, dass 15 von 19 identifizierten Terroristen, die an dem Anschlag vom 11. September 2001 beteiligt waren, aus Saudi-Arabien stammten.

Zur Vorbereitung der Reise des US-Präsidenten war in der letzten Mai-Woche eine US-Delegation unter Führung des Koordinators für den Nahen Osten, Brett McGurk, nach

Saudi-Arabien gereist. Die OPEC kündigte annähernd zeitgleich an, ihre Ölfördermenge im Juli und August von aktuell 439.000 Barrel pro Tag auf 648.000 Barrel pro Tag zu steigern.

US-Außenminister Blinken kommentierte diese politische Kehrtwende Washingtons mit den Worten, dass Menschenrechte noch immer wichtig seien, die USA aber die Gesamtheit ihrer Interessen in der Beziehung mit den Saudis im Blick behalten müssen.

Die Konsequenzen für Europa

Im Dezember 2013 hatte der deutsche Politiker Egon Bahr im Gespräch mit Schülern eines Gymnasiums erklärt:

> *„In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten.“*

Diese Aussage bewahrheitet sich in der US-amerikanischen Außenpolitik nachdrücklich, und deswegen müssen Europa und besonders Deutschland aufpassen, dass sie mit ihrem Pro-Ukraine-Programm nicht plötzlich allein Russland gegenüberstehen. Nach einem Bericht der US-Zeitschrift „The Hill“ vom 02. Juni 2022 schwindet die Unterstützung der US-amerikanischen Bevölkerung für die Russlandpolitik der Regierung und auch des Präsidenten persönlich dramatisch. In dem Bericht wird ausgeführt, dass im März sich noch eine große Mehrheit der US-Bevölkerung, weit über 60 Prozent, für eine bedeutende Rolle der USA in der Ukraine aussprach. In der jüngsten AP-NORC-Umfrage sanken diesen Zustimmungswerte um 20 Prozent. Ähnlich zeigt sich die Entwicklung bei der Einschätzung der persönlichen Rolle von Biden in der Ukrainekrise. Verfügte er im März noch über Zustimmungswerte für seine Russlandpolitik im Bereich zwischen 60 und 70 Prozent, so spricht sich in aktuellen Umfragen eine knappe Mehrheit von 51 Prozent gegen die Russlandpolitik des amtierenden US-Präsidenten aus.

Diese Entwicklung ist für den US-Präsidenten besonders kritisch, weil im November 2022 die „Midterm Elections“ anstehen und die Gefahr besteht, dass die regierenden Demokraten ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus verlieren. Auch die Mehrheit im Senat steht auf der Kippe, weil sie wegen der Patt-Situation zwischen Demokraten und Republikanern nur auf der Stimme der Vizepräsidentin Kamala Harris basiert.

Da die Vergangenheit gezeigt hat, dass sich die Stimmung der Bevölkerung vieler westeuropäischer Staaten – wenn auch mit einem gewissen Zeitverzug – an der öffentlichen Meinung der USA orientiert, scheint absehbar, dass auch in diesen Staaten die

Unterstützung für die Russland- und Ukraine-Politik schwinden wird. Zum Beispiel ist bereits heute festzustellen, dass die Inflationsrate in Deutschland von derzeit knapp acht Prozent und die ständig steigenden Preise, vor allem auch im Energiesektor, zu einer deutlich spürbaren Unruhe und Verunsicherung in der Bevölkerung geführt haben. Zusätzlich entsteht bei einem Teil der finanziell schlechter gestellten Bürger der Eindruck, dass für die ukrainischen Flüchtlinge und auch für die Ukraine selbst unbeschränkt finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, während im eigenen Land immer mehr Menschen wegen der Preisentwicklung kein gesichertes finanzielles Auskommen mehr haben.

Auch die Tatsache, dass sich aktuell alle möglichen Organisationen und Initiativen für die Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge engagieren und dabei ebenso vom Schicksal schwer getroffene, Asyl suchende Menschen anderer Länder aus dem Auge verloren werden, es mittlerweile sozusagen „Flüchtlinge 1. und 2. Klasse“ gibt, birgt sozialen Zündstoff.

Ob die derzeitige öffentliche und mediale Unterstützung für umfangreiche Waffenlieferungen an die Ukraine, bis hin zu schweren Waffen, Bestand haben wird, muss bezweifelt werden und wird stark davon abhängen, wie sich die USA verhalten. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Entwicklung der Stimmungslage in Europa ist, dass die politisch interessierten Bürger zu begreifen beginnen, dass die von den USA forcierte Isolierung Russlands und die damit verbundenen Sanktionen lediglich von etwa 65 der 195 Länder dieser Welt unterstützt werden. Vor allem die Länder Afrikas und Lateinamerikas, aber auch fast alle asiatischen Staaten wie China, Indien oder auch Indonesien und damit der größte Teil der Weltbevölkerung sind klar auf Distanz gegenüber Washington, nicht zuletzt, weil die ärmeren Länder unter den Folgen des Krieges und der westlichen Sanktionspolitik besonders leiden.

Jetzt werden sogar die ersten Stimmen laut, die, wie etwa „The Hill“, erklären:

> „Nicht Russland ist die weltweit gesehen isolierteste Supermacht, sondern unter Umständen die Vereinigten Staaten selbst“.

Man verurteilt zwar weltweit mit Mehrheit den russischen Angriffskrieg in der Ukraine nach wie vor, hat aber zunehmend Zweifel, ob die Politik der USA und ihrer Verbündeten gegenüber Moskau wirklich zielführend ist oder vielleicht den eigenen Ländern mehr schadet als Russland selbst. Es werden klare Friedensinitiativen vermisst und vor allem auch Konzepte für die Zeit danach, weil ja jeder Krieg irgendwann endet und Russland bis zum Ural dann immer noch ein Teil Europas sein wird.

Fazit: Europa muss mit der spekulativen Diskussion darüber, wer diesen Krieg gewinnen oder verlieren wird, umgehend aufhören und endlich die Initiative ergreifen, diese militärische Auseinandersetzung zu beenden. Dazu ist es vermutlich wichtiger, zunächst bei Präsident Biden auf Augenhöhe vorstellig zu werden, um dann gemeinsam den russischen, aber auch den ukrainischen Präsidenten unmissverständlich aufzufordern, einem sofortigen Waffenstillstand zuzustimmen. Erst danach kann über eine dringend erforderliche, neue europäische Friedensordnung verhandelt werden.

Sollte Europa diese Option nicht nutzen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die beiden nuklearen Supermächte USA und Russland, zu irgendeinem Zeitpunkt und ohne Rücksprache mit ihren Verbündeten, auf einer anderen Ebene verständigen und Europa mit dem Problemfall Ukraine alleingelassen wird.

Titelbild: Ivan Marc / shutterstock